

Die Verordnung, den ausschließlichen Gebrauch der Decimalgroschen- und Pfennigrechnung betreffend,

welche am 22. Januar 1842 erschienen ist, lautet wie folgt:

Nachdem seit dem Eintritt der neuen Münzverfassung ein Zeitraum verflossen ist, welcher vollkommen ausgereicht hat, um Jedermann Gelegenheit zu geben, mit der neuen gesetzlichen Münztheilungs- und Rechnungsweise sich vertraut zu machen, nachdem ferner inzwischen eine hinreichende Menge an neu geprägter decimaler Scheidemünze verbreitet worden ist; so findet, da die dermaligen Scheidemünzen den Werthen der früheren Münztheilung nicht mehr entsprechen und das Fortbestehen der ehemaligen Münztheilungs- und Rechnungsweise, neben der gegenwärtig gesetzlichen, Unsicherheit, Erschwerungen und selbst Bevortheilungen im gemeinen Verkehr zur Folge hat, daher nicht länger geduldet werden mag, das Ministerium des Innern sich nunmehr veranlaßt, zu dessen Abstellung nachstehende Vorschriften zu ertheilen:

§. 1. Im inländischen, öffentlichen, gewerblichen Verkehr, als zum Beispiel bei jedem öffentlichen Verkauf, bei allen Feilbietungen im Marktverkehr, bei den Schaustellungen, dem Gast- und Schankverkehr, den Handwerks-, Fabrik-, Fuhr- und Arbeitslöhnen, sowie in allen hierüber Behufs der Zahlung auszuhandigenden Rechnungen sind die Preise rücksichtlich der, einen vollen Thaler nicht erreichenden Beträge, nicht mehr nach vormaligen (sogenannten guten) Courant-Groschen zu 12 Pfennigen, sondern lediglich nach Neugroschen und jetzigen decimalen Pfennigen zu stellen und zu rechnen.

Diese letzteren sind daher auch jederzeit nur zu verstehen und zu gewähren, wenn die Preisstellung oder Forderung im Allgemeinen auf Groschen oder Pfennige gerichtet war.

§. 2. Jede Uebertretung der im vorstehenden Paragraphen enthaltenen Vorschrift ist an dem Preissteller oder Zahlungsfordernden, wenn die Forderung oder Preisstellung mündlich erfolgt und eine Taxe dafür polizeilich nicht vorgeschrieben ist, mit Fünf Neugroschen, wenn sie aber einer polizeilich regulirten Taxe unterliegt, oder wenn sie schriftlich geschieht, mit Zwanzig Neugroschen, und wenn sie in gedruckten Anzeigen, Preiscouranten oder Aerbietungen erscheint, mit Fünf Thaler Ordnungsstrafe zu ahnden.

§. 3. Mit einer Ordnungsstrafe von Zwanzig Neugroschen für jeden Uebertretungsfall sind ferner diejenigen zu belegen, welche solche Geldsätze, die nach Maassgabe der

deshalb besonders ergangenen Verordnungen im 14 Thalerfuße mit der neuen Eintheilung in Neugroschen und Decimalpfennigen zu reguliren gewesen sind, nicht in solchen, sondern in Duodecima-courant einfordern oder in Ansatz bringen.

§. 4. Einer Ordnungsstrafe von Fünf Neugroschen unterliegt Derjenige, welcher in den §. 1 bezeichneten Fällen der Annahme der Preisstellung in Neugroschen und decimalen Pfennigen sich weigert und statt deren die Preisstellung nach duodecimalem Courant (sogenannten guten oder alten Groschen und Pfennigen) verlangt. Erfolgt die Weigerung schriftlich, so tritt eine Ordnungsstrafe von Zwanzig Neugroschen ein.

§. 5. Wer sich weigert, im öffentlichen gewerblichen Verkehr die Königlich Sächsischen und Königlich Preussischen Zwölftelhalerstücke, insoweit deren Betrag bei einer Zahlung den Werth von 5 Neugroschen nicht übersteigt, zu fünf und zwanzig Neupfennigen oder 2½ Neugroschen, die Courant-Einschtel-Thalerstücke zu fünfzig Pfennigen oder 5 Neugroschen und die Courant-Eindrittel-Thalerstücke zu hundert Pfennigen oder 10 Neugroschen anzunehmen, verfällt in eine Ordnungsstrafe von Zwanzig Neugroschen.

§. 6. Dagegen unterliegt Derjenige, welcher Scheidemünzstücke zu einem höheren als dem gesetzlich gültigen Werthe, z. B. 4 Stück Sechspfennigstücke oder 2 Stück Zwölfpfennigstücke, oder eine sonstige Zusammensetzung von 24 Pfennigen zum Werthe von 1½ Thaler oder von 2 Neugroschen 5 Pfennigen ausgiebt, den in §. 4 und beziehentlich §. 3 des Gesetzes vom 22sten Juli 1840 gegebenen Strafbestimmungen oder, dafern hierdurch nur zu einem geringeren Strafbetrage zu gelangen sein sollte, wenigstens einer, jenen Strafbetrag mit einschließenden Ordnungsstrafe von Zwanzig Neugroschen.

§. 7. Die vorstehend in den §§. 2 bis 6 angedrohten Ordnungsstrafen können in Wiederholungsfällen von den Obergesetzten verdoppelt werden.

§. 8. Insoweit die in den §§. 2 bis 7 festgesetzten Ordnungsstrafen nicht schon auf den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen beruhen, treten solche mit dem

1sten April 1842 in Gültigkeit und bei den von da an erfolgten Contraventionen in Anwendung.

§. 9. Jene Ordnungsstrafen treten ein, es habe Jemand selbst oder wissentlich durch die Seinigen und dritte Personen wider die hier ertheilten Vorschriften gehandelt.

§. 10. Die ausübenden Polizeipersonen sind verbunden